



# Deutscher Bundestag

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der  
Kinder (Kinderkommission)

## Wortprotokoll der 39. Sitzung

### **Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)**

Berlin, den 24. Februar 2016, 16:00 Uhr

Paul-Löbe-Haus

2.200

Vorsitz: Norbert Müller (Potsdam), MdB

## Tagesordnung

### **Tagesordnungspunkt 1** **Seite 9**

Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Feste  
Armutsmilieus, offene und verdeckte Kinderarmut“

### **Tagesordnungspunkt 2** **Seite 23**

Anliegen an die Kinderkommission

### **Tagesordnungspunkt 3** **Seite 23**

Verschiedenes



## Inhaltsverzeichnis

Anwesenheitslisten	Seite 3
Sprechregister	Seite 8
Wortprotokoll	Seite 9



Tagungsbüro

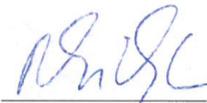
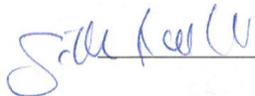
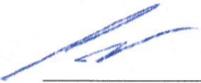
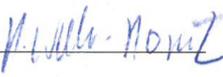


Deutscher Bundestag

**Sitzung des Unterausschusses Kinderkommission (13. Ausschuss)**  
Mittwoch, 24. Februar 2016, 16:00 Uhr

**Anwesenheitsliste**

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder	Unterschrift
CDU/CSU Pols, Eckhard		CDU/CSU Launert Dr., Silke	
SPD Rüthrich, Susann		SPD Bahr, Ulrike	
DIE LINKE. Müller (Potsdam), Norbert		DIE LINKE. Wunderlich, Jörn	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Walter-Rosenheimer, Beate		BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Dörner, Katja	

Stand: 18. Februar 2016  
Referat ZT 4-Zentrale Assistenzdienste, Luisenstr. 32-34, Telefon: +49 30 227-32659, Fax: +49 30 227-36339



Tagungsbüro



Deutscher Bundestag

**Sitzung des Unterausschusses Kinderkommission (13. Ausschuss)**

Mittwoch, 24. Februar 2016, 16:00 Uhr

öff.

**Fraktionsvorsitz**

**Vertreter**

CDU/CSU

\_\_\_\_\_

SPD

\_\_\_\_\_

DIE LINKE.

\_\_\_\_\_

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

\_\_\_\_\_

**Fraktionsmitarbeiter**

Name (Bitte in Druckschrift)

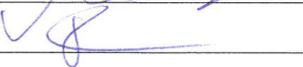
Fraktion

Unterschrift

Gehrmann Linke 

Fuchsloch Linke 

Jas Kolodziejczak Grüne 

Franziska Gehlke B50/Bünd 

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Stand: 20. Februar 2015

Referat ZT 4 – Zentrale Assistenzdienste, Luisenstr. 32-34, Telefon: +49 30 227-32659, Fax: +49 30 227-36339





## Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tagungsbüro

Sitzung des Unterausschusses Kinderkommission (13. Ausschuss)  
Mittwoch, 24. Februar 2016, 16:00 Uhr

Seite 3

### Bundesrat

Land	Name (bitte in Druckschrift)	Unterschrift	Amtsbezeichnung
Baden-Württemberg	_____	_____	_____
Bayern	_____	_____	_____
Berlin	_____	_____	_____
Brandenburg	<u>Stiedenroth, Anja</u>	<u>[Handwritten Signature]</u>	<u>pers. Bf. Ministerin f. ASGF BB</u>
Bremen	_____	_____	_____
Hamburg	_____	_____	_____
Hessen	_____	_____	_____
Mecklenburg-Vorpommern	_____	_____	_____
Niedersachsen	_____	_____	_____
Nordrhein-Westfalen	_____	_____	_____
Rheinland-Pfalz	_____	_____	_____
Saarland	_____	_____	_____
Sachsen	_____	_____	_____
Sachsen-Anhalt	_____	_____	_____
Schleswig-Holstein	<u>PARTHEID</u>	<u>[Handwritten Signature]</u>	<u>RVwDin</u>
Thüringen	_____	_____	_____

Stand: 20. Februar 2015

Referat ZT 4 – Zentrale Assistenzdienste, Luisenstr. 32-34, Telefon: +49 30 227-32659, Fax: +49 30 227-36339



**Anwesenheitsliste der Sachverständigen  
für das öffentliche Expertengespräch zum Thema  
„Feste Armutsmilieus, offene und verdeckte Kinderarmut“  
am Mittwoch, dem 24. Februar 2016, 16.00 Uhr**

Name	Unterschrift
<b>Angela Basekow</b> AWO Potsdam	
<b>Cornelia Kavermann</b> AG Soziale Brennpunkte Bottrop e. V.	
<b>Dr. Eric Seils</b> Hans-Böckler-Stiftung – Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut	
<b>Silke Tophoven</b> Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung	



## Sprechregister der Abgeordneten und Sachverständigen

### Abgeordnete

Vors. Norbert Müller	9, 12, 17, 18, 19, 20, 21, 23
Abg. Susann Rüttrich	12, 16
Abg. Beate Walter-Rosenheimer	17, 22
Abg. Jörn Wunderlich	19, 20

### Sachverständige

Angela Basekow	16, 19, 21
Cornela Kavermann	13, 18, 20, 21
Dr. Eric Seils	9, 18, 20, 22
Silke Tophoven	10, 13, 19, 22



# Deutscher Bundestag

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der  
Kinder (Kinderkommission)

## Tagesordnungspunkt 1

### Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Feste Armutsmilieus, offene und verdeckte Kinderarmut“

**Vorsitzender:** Ich eröffne die 39. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestages. Wir haben wie immer um 16.00 Uhr ein öffentliches Expertengespräch. Ich möchte kurz etwas zu uns sagen: Die Kinderkommission ist ein Unterausschuss des Familienausschusses und funktioniert etwas anders als die anderen parlamentarischen Gremien: Wir haben einen rotierenden Vorsitz, d. h., jede Fraktion übernimmt mit ihrem Mitglied einmal in der Wahlperiode für ein Viertel der Legislaturperiode den Vorsitz. Vor mir war das Susanne Rührich von der SPD-Fraktion, davor Herr Pols von der CDU/CSU-Fraktion – er kommt etwas später, wenn ich es richtig verstanden habe –, und ich werde Ende des Jahres an Beate Walter-Rosenheimer von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgeben. Wir entscheiden im Konsens und haben in den klassischen legislativen Verfahren nicht die ähnlichen Rechte wie Ausschüsse, es werden also keine Gesetzgebungsvorhaben an uns überwiesen. Aber wir befassen uns mit vielen Themen, die – auch im weitesten Sinne – mit Kindern und Jugendlichen zu tun haben. Wir haben dann die Aufgabe, dazu Stellungnahmen zu verfassen, die in die Öffentlichkeit gegeben werden, die aber auch in Willensbildungen und Debatten einfließen sollen – immer im Konsens. Wir haben hier die freie Rede, in den normalen Anhörungen in den Ausschüssen läuft das etwas reglementierter ab.

Heute haben wir als Expertengespräch den Auftakt zu einer Reihe von fünf öffentlichen Expertengesprächen zum Thema Kinderarmut, diesmal unter dem Titel „Feste Armutsmilieus, offene und verdeckte Kinderarmut“. Dazu begrüße ich Frau Tophoven vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Herrn Dr. Seils vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Hans-Böckler-Stiftung, die im letzten Jahr die letzten Zahlen

des Mikrozensus‘ auch in Bezug auf Armut ausgewertet haben und groß in den Medien gewesen sind. Frau Kavermann von der AG Soziale Brennpunkte Bottrop e. V. und Frau Basekow, die Geschäftsführerin der AWO in Potsdam, also zwei Praktikerinnen, und davor zwei Theoretiker, wenn ich das so sagen darf, ohne das abschätzend zu meinen. Wir erhoffen uns einen Einblick sowohl in die Empirik als auch in die Praxis, wie man mit verdeckter, mit offener Kinderarmut umgeht und was möglicherweise auch Antworten darauf sind. Wir haben uns darauf verständigt, dass Herr Dr. Seils beginnt, an Frau Tophoven abgibt und dann Frau Kavermann und Basekow fortführen. Ich bitte Sie um Eingangsstatements von etwa acht bis zehn Minuten, nach zehn Minuten werde ich dann langsam drängeln, weil wir nur ein begrenztes Zeitkontingent haben. Sie haben das Wort. Bitte die Mikrofone anmachen. Wir führen ein Wortprotokoll, das durch das Sekretariat erstellt wird, und dafür brauchen wir die Tonbänder.

**Dr. Eric Seils** (Hans-Böckler-Stiftung – Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut): Vielen Dank für Einladung. Kinderkommission finde ich eine prima Sache. Ich will dann auch gleich zur Sache, zu den Belangen der Kinder kommen und mit der Frage beginnen, was Kinderarmut eigentlich bedeutet. Wir sprechen hier über relative, nicht über absolute Kinderarmut. Absolute Armut knüpft an dem an, was zum Überleben erforderlich ist, während relative Armut an dem anknüpft, was zum Leben in der Gesellschaft erforderlich ist. Es geht als nicht darum, genug zum Essen zu haben, damit die Kinder keine schiefen Knochen bekommen, sondern es geht darum, dass sie mit den anderen Kindern spielen und mit anderen Kindern Ausflüge usw. unternehmen können.

Wie misst man die relative Armut? Man misst sie anhand einer Grenze, die die EU festgelegt hat, und das sind 60 Prozent des bedarfsgewichteten Medianeinkommens – das kann man sich jetzt schlecht vorstellen. Aus dem Grunde habe ich



Ihnen die entsprechenden Armutsgrenzen für Beispielfamilien mitgebracht. Für zwei Erwachsene und zwei Kinder unter 14 Jahren liegt die Armutsgrenze bei 1.926,- Euro. Wenn die Kinder über 14 Jahre alt sind, trägt man dem höheren Bedarf Rechnung und dann liegt die Grenze bei 2.293,- Euro, und bei der klassischen oder dem Alleinerziehenden mit einem Kind unter 14 Jahren sind es nach dem Mikrozensus im Jahre 2014 1.192,- Euro. Das kann sich im Zeitverlauf ändern.

Zur Verbreitung der Kinderarmut: Seit 1996 ist sie in etwa stabil, und zwar trotz verbesserter wirtschaftlicher Lage in der Bundesrepublik. Anfang der 2000er ist die Kinderarmut bis zur Mitte der 2000er etwas angestiegen, das Maximum lag 2004 bei 20,5 und ist seitdem wieder etwas abgesunken, wieder etwas angestiegen. Entscheidend ist, dass sie letztendlich immer so um die 19, 20 Prozent gelegen hat. Was die regionale Verbreitung angeht, ist es so, dass die Kinderarmut im Osten weiterhin am höchsten ist, dort aber sinkt, von 2005 bis 2014 von 29 Prozent auf 24,6 Prozent. In Nordrhein-Westfalen ist das Armutsrisiko von Kindern hingegen seit 2005 gestiegen, da hatten wir 2005 eine Armutsquote von 20,4 Prozent, zuletzt von 23,6 Prozent. Im Süden ist die Kinderarmut erwartungsgemäß am wenigsten verbreitet. Etwas überraschend ist, dass sich Bayern von einem niedrigen Niveau aus tatsächlich noch einmal verbessern konnte. Die Erklärung dieser regionalen Unterschiede kann man in der Hauptsache auf den Arbeitsmarkt zurückführen. Es geht nicht nur einfach um die unterschiedlich hohe Arbeitslosigkeit, sondern auch um die damit zusammenhängenden unterschiedlichen Löhne, die unterschiedlichen Formen der Beschäftigung, die sich auch auf die Löhne auswirken können. Zur Verbreitung der Kinderarmut nach verschiedenen Haushaltstypen: Am höchsten ist die Armut unter Alleinerziehenden. Da haben wir zuletzt eine Armutsquote von 41,9 Prozent erreicht, und die ist auch seit 2005 um 2,6 Prozentpunkte gestiegen. Knapp ein Viertel der Haushalte mit mehr als drei Kindern, also kinderreiche Familien, lebt unter der Armutsgrenze. Das betrifft häufig Migranten. Ich möchte dazu sagen, dass die Migranten keinen nachweisbaren Einfluss auf die regionale Verteilung der Kinderarmut haben. Vollständige Familien mit ein oder zwei Kindern haben eine niedrigere Armutsquote als der Durchschnitt der Be-

völkerung, und zwar mit fallender Tendenz.

Abschließend angesichts der aktuellen Relevanz etwas zur Kinderarmut nach Migrationsstatus: Kinder ohne Migrationshintergrund haben erwartungsgemäß ein sehr niedriges Armutsrisiko, und zwar niedriger als die Gesamtbevölkerung. Kinder mit Migrationshintergrund leben zu 30 Prozent in Armut, und sie machen etwa die Hälfte aller armen Kinder in Deutschland aus. Insgesamt liegt die Armutsquote bei 19 Prozent. Und die Armutsquote der Kinder, die selbst eingewandert sind, ist seit 2011, also im Zuge der aktuellen Einwanderungswelle, um gut 7 Prozentpunkte auf 43 Prozent gestiegen. Das ist nicht rein negativ zu bewerten, denn das dürfte darauf zurückzuführen sein, dass diese Kinder oftmals aus Asylbewerberheimen, in denen sie von der Armutsstatistik nicht erfasst werden, in Privatwohnungen privater Haushalte umgezogen sind und dort tatsächlich auch erfasst werden können. Außerdem muss man berücksichtigen, dass diese Kinder, die jetzt in dieser relativen Einkommensarmut leben, aus Ländern stammen, in denen es ihnen wesentlich schlechter ging; sie sind letztendlich auch aus Ländern geflohen, in denen es für sie wesentlich gefährlicher war als hier.

**Silke Tophoven** (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung): Herzlichen Dank für die Einladung. Herr Seils hat schon einige Ergebnisse auf der Basis des Mikrozensus‘ vorgestellt – ich glaube, wir ergänzen uns da ganz gut. Ich werde in meinem Vortrag etwas stärker auf die Lage von Kindern im SGB II-Bezug eingehen und die Einkommensarmutsgefährdung etwas knapper halten. Wir haben gerade gehört, dass wir uns, wenn wir uns in Deutschland mit dem Thema Armut auseinandersetzen, in der Regel mit relativer Armut und nicht mit absoluter Armut beschäftigen. Die einkommensbasierte Armutsbestimmung wurde auch gerade angesprochen. Dafür betrachten wir die Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen gewichtet nach der neuen OECD-Skala. Wir beschäftigen uns also mit relativer Armut und ziehen in der Regel die Einkommen der Haushalte heran, um Armut zu bestimmen. Man kann verschiedene Grenzen heranziehen und setzen, um Armut zu bestimmen – es ist also ein relatives Maß. In Deutschland hat sich die Auseinandersetzung mit



der Armutsgefährdung durchgesetzt – und das ist auch EU-Standard; als arm werden danach die Haushalte betrachtet, die weniger als 60 Prozent des Medians aller Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen in Deutschland haben. Man kann aber für Armut sehr viele Definitionen heranziehen. Eine weitere Definition, um sich mit Armut auseinanderzusetzen, kann die sozialstaatlich definierte Armutsgrenze sein. Das heißt, in einem Wohlfahrtsstaat wie Deutschland kann man als arm diejenigen identifizieren, die die Kriterien für den Bezug von sozialstaatlichen Mindestsicherungsleistungen erfüllen. Aus dieser Definition kann man dann ableiten und sozialstaatlich definieren, die Population, deren Armut bekämpft ist, also die Voraussetzungen erfüllt sind und Leistungen entsprechend bezogen werden, und die Population von Personen identifizieren, die in verdeckter Armut leben, d. h., sie erfüllen die Voraussetzungen für den Bezug von Mindestsicherungsleistungen, beziehen diese aber nicht, das ist dann auch eine Gruppe der Armutspopulation. Diese Definitionen sind auf die Bevölkerung allgemein anzuwenden.

Man kann dann betrachten, und das wollen wir ja heute tun: Wann sind Kinder arm? Kinder sind in der Regel nicht für sich alleine, sondern auch im Haushaltskontext zu betrachten, d. h., Kinder gelten dann als arm, wenn sie entweder in einkommensarmutsgefährdeten Haushalten aufwachsen oder – nach einer anderen Definition –, wenn sie in Haushalten aufwachsen, die sozialstaatliche Unterstützungsleistungen beziehen. Ich fokussiere mich hier auf die Population derjenigen, die im Arbeitslosengeld II-Bezug, im Hartz IV-Bezug sind. Daneben gibt es auch Haushalte, die den Kinderzuschlag beziehen, die man auch darunter fassen könnte, und es gibt darüber hinaus natürlich auch noch weitere Sozialleistungen. Aber die größte Population der Personen im Sozialleistungsbezug, der auch Kinder betrifft, sind die Kinder im Hartz IV-Bezug, im SGB II-Bezug. Dazu habe ich ein paar aktuelle Zahlen und Befunde mitgebracht. Die aktuellsten Zahlen, die mir nach einer Wartezeit der Statistik vorlagen, sind von Oktober 2015. Da bezogen 3,22 Millionen Bedarfsgemeinschaften Hartz IV, das sind die als Bedarfsgemeinschaften definierten Haushalte im Sinne des SGB II, und in 30 Prozent dieser Bedarfsgemeinschaften lebten Kinder unter 15 Jahren. Das ist die Haushaltssicht.

Man kann dann auch festhalten, dass im Oktober 2015 insgesamt etwa 6 Millionen Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften lebten und davon fast ein Drittel, 1,66 Millionen, Kinder unter 15 Jahren waren. Auch diese SGB II-Bezugsquoten kann man in Relation zur Bevölkerung insgesamt setzen, und hat damit den Anteil der Kinder in allen Altersgruppen, die SGB II-Leistungen bezogen haben oder auf diese angewiesen waren. Und dies waren im Oktober 2015 15,7 Prozent der Kinder unter 15 Jahren. Im Vergleich dazu waren es in der Bevölkerung von 0 bis 65 Jahren 9,3 Prozent der Personen.

Im nächsten Punkt möchte ich kurz eine Entwicklung darstellen. Ich habe hier eine Zahl für Juni 2010, da fielen in Deutschland 15,9 Prozent der Kinder unter 15 Jahren in den SGB II-Bezug. In Westdeutschland war das Niveau etwas geringer, in Ostdeutschland etwas höher. Im Vergleich dazu sieht man im Juni des letzten Jahres relativ ähnliche Zahlen. Wir hatten ja auch im vorherigen Vortrag gehört, dass in diesen fünf Jahren für Deutschland insgesamt ein ähnliches Niveau festzustellen ist – auch in Westdeutschland, man sieht eine leichte Abschwächung um etwa 3 Prozentpunkte für Ostdeutschland. Regional sieht das Ganze dann so aus – je dunkler die Farbe desto höher ist die Hilfequote der Kinder unter 15 Jahren. Hier sieht man auch, dass Bayern bspw. hervorsticht. Wenn man sich auf die SGB II-Quoten bezieht, sieht man also sehr ähnliche Verteilungen wie bei der Betrachtung der Einkommensarmutsgefährdung. Die Hilfequoten nach dem Typ der Bedarfsgemeinschaft habe ich herausgesucht, um noch etwas differenzierter nach dem Haushaltstyp zu unterscheiden. Hier sieht man, dass etwa 10 Prozent der Haushalte insgesamt SGB II-Leistungen bezogen haben. Diese Zahlen sind von September 2015, die Monate wechseln immer ein bisschen, je nach dem, wann die Daten verfügbar waren. Bei den Ein-Personen-Haushalten sieht man eine Hilfequote von 13 Prozent, bei den alleinerziehenden Haushalten von 38 Prozent. Auch hier zeigt sich eine deutlich hohe Hilfequote. Bei den Paaren ohne Kinder sieht man eine Hilfequote von 3 Prozent, bei den Paargemeinschaften mit Kindern von 7 Prozent. Wenn wir nach der Zahl der Kinder differenzieren, sehen wir auch hier – dieses Muster hatten wir gerade im Vortrag –, dass mit ansteigender Zahl der Kinder im



Haushalt – im alleinerziehenden Ein-Elternhaus-  
halt oder im Paarhaushalt – die Hilfequote an-  
steigt.

Um das auch zahlenmäßig, einkommensmäßig ein  
bisschen zu verdeutlichen, kommen hier die Ar-  
mutgefährdungsschwellen auf Basis des Panels  
Arbeitsmarkt und soziale Sicherung. Das ist die  
Datenbasis, die wir heranziehen, das ist eine re-  
präsentative Haushaltsbefragung, die sich aus zwei  
Stichproben zusammensetzt – einer Bevölke-  
rungsstichprobe und einer Stichprobe aus den  
SGB II-Haushalten. Auch hier sehen wir relativ  
ähnliche Armutgefährdungsschwellen wie vorhin  
auf der Basis des Mikrozensus, hier für das Jahr  
2013, um sich die Grenzen vor Augen führen zu  
können.

Meine Kollegen und ich haben auch die monatli-  
chen Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II  
daneben gestellt, um einen Eindruck zu bekom-  
men, was man z. B. im SGB II-Leistungsbezug im  
Vergleich zur Armutgefährdungsschwelle hat.  
Hier sehen wir, dass die Werte dessen, was ver-  
fügbar ist, schon sehr ähnlich sind. Bei den Al-  
leinerziehenden, bei denen noch ein Mehrbedarf  
anerkannt wird, liegt das, was – mit durchschnitt-  
lich angesetzten Kosten für Unterkunft und Hei-  
zung – zur Verfügung steht, etwas über der Ar-  
mutgefährdungsschwelle. Bei Paaren ohne Kinder  
sieht man, dass das, was monatlich zur Verfügung  
steht, leicht unter der Armutgefährdungsschwelle  
liegt, wenn man die durchschnittlichen Kosten  
hinzu zählt, so dass man ein Gefühl dafür be-  
kommt, was monatlich zur Verfügung steht.

Weiterhin haben wir diese Einkommensarmuts-  
und Einkommensarmutsgefährdungsquoten und  
die sozialstaatlich definierte Armutsgrenze zu-  
sammengenommen, um die Situation der Kinder  
im unteren Einkommensbereich noch differen-  
zierter betrachten zu können. So können wir zum  
einen identifizieren, wie viele Kinder unter  
15 Jahren weder in armutsgefährdeten Haushalten  
noch in Haushalten mit SGB II-Leistungsbezug  
aufwachsen. Und so identifizieren wir, dass 2013  
75,8 Prozent der Kinder weder in einkommens-  
armutsgefährdeten noch in Haushalten mit  
SGB II-Bezug aufwachsen. Hier hat man natürlich

auch eine untere Grenze, die wiederum an den  
Bereich angrenzt. Zum ändern können wir auch  
identifizieren, dass 2013 8,9 Prozent der Kinder  
armutsgefährdet sind und auch SGB II-Leistungen  
beziehen – hier überschneidet sich also die Popu-  
lation; demgegenüber sind 11 Prozent der Kinder  
der Definition nach einkommensarmutsgefährdet,  
beziehen aber keine SGB II-Leistungen. Hier hat  
man die heterogene Population, die sich einerseits  
zusammensetzt aus Kindern in Haushalten, die die  
Kriterien für den Bezug von Mindestsicherungs-  
leistungen nicht erfüllen, und andererseits aus  
einem kleinen Anteil von Kindern, die zwar die  
Kriterien erfüllen, aber keine Leistungen beziehen.  
Und dann hat man noch die Population von Kin-  
dern, die nicht armutsgefährdet sind, aber  
SGB II-Leistungen beziehen.

Ich glaube, ich komme jetzt zum Ende. Ich wollte  
deutlich machen, dass die Auseinandersetzung  
mit Armut auch immer von der Definition und  
dem Konzept abhängt, das man hierfür heranzieht.  
Es gibt verschiedene Armutskonzepte, das Kon-  
zept der Einkommensarmutsgefährdung und das  
der Betrachtung der Personen im SGB II-Bezug  
sind, glaube ich, in der politischen Debatte sehr  
weit verbreitet. Man stellt fest, dass in den letzten  
10, 15 Jahren ein beständiger Anteil von Kindern  
zu diesem unteren Einkommensbereich gehört.  
Deutlich ist bereits in dieser kurzen Betrachtung,  
dass bestimmte Haushaltsmerkmale für Kinder das  
Aufwachsen in Armut in Deutschland wahr-  
scheinlicher machen.

**Vorsitzender:** Vielen Dank. Normalerweise würde  
ich jetzt direkt weitermachen, da Frau Rührich  
aber einen Folgetermin hat und sie gerne eine  
Frage stellen möchte, lassen wir das auch zu.

Abg. **Susann Rührich** (SPD): Vielen Dank. Die  
Frage bezieht sich direkt auf die statistischen  
Zahlen, die Sie genannt haben. Da habe ich nur die  
Frage, ob Sie auch etwas zu den jeweiligen Zu- und  
Abgängen, also Fluktuationen sagen können. Sind  
das immer dieselben Menschen oder ist da Be-  
wegung drin? Wir reden ja von verfestigter Armut.  
Lässt es sich aus Ihren Zahlen ablesen, dass es sich  
auf dieselbe Population bezieht?



**Silke Tophoven** (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung): Wir können das mit unseren Daten betrachten, ich habe das hier jedoch nicht dargestellt. Man weiß, dass z. B. der SGB II-Leistungsbezug in der Regel schon eine gewisse Zeit andauert. Es wird – das ist jetzt ein bisschen eine Vermutung – eine kleine Population geben, die sehr lange Zeit im SGB II-Leistungsbezug aufwächst. Es gibt aber auch Haushalte, für die das nur kurzzeitig der Fall ist, und es gibt auch eine Population, für die das ein mittlerer Zeitraum umfasst. Man weiß auch, dass das selbstverständlich sehr von der – das habe ich jetzt auch nicht dargestellt – Erwerbssituation der Eltern oder auch der Mütter abhängt. Das hängt natürlich auch mit dem Alter der Kinder im Haushalt zusammen, sind diese kleiner, haben nicht alle Mütter die Möglichkeit der Erwerbstätigkeit. Das bedeutet dann unter Umständen wiederum für einen bestimmten Zeitraum ein Aufwachsen in Armut. In differenzierteren Analysen wäre genauer aussagbar, wie lange die Bezugsdauern sind.

**Cornelia Kavermann** (AG Soziale Brennpunkte Bottrop e. V.): Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bedanke mich auch ganz herzlich dafür, dass ich als Praktikerin hier eingeladen worden bin. Mein Name ist Cornelia Kavermann, ich bin Sozialpädagogin, Geschäftsführung und Leiterin der Arbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Bottrop e. V., kurz AGSB. Wir sind seit 1971 in einem Stadtteil – heute sagt man gerne – mit besonderem Erneuerungsbedarf tätig. Hauptberuflich mache ich also zu 50 Prozent Geschäftsführung sowie Leitung, und zu 50 Prozent bin ich tatsächlich in der aktiven Kinder- und Jugendarbeit in unserem Jugendcafé tätig. Ehrenamtlich bin ich die stellvertretende Landesvorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Nordrhein-Westfalen und von daher auch über unseren Verband sehr gut in diesem Thema drin.

Bottrop ist – wenn man sich jetzt noch einmal die Farben anschauen würde – eine der fast dunkelblauen Städte in der Region im Ruhrgebiet, die auch im neuesten Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands am negativsten abgeschnitten hat. Während in anderen Regionen die Armut leicht zurückgeht, ist gerade das Ruhrgebiet besonders betroffen. Wir sind in Bottrop zwar nicht

ganz so schlecht dran wie unsere Nachbarschaft Gelsenkirchen – da liegt die Armutsquote bei Kindern bei 40 Prozent –, so dramatisch ist es bei uns mit 28 Prozent nicht. Wir sind aber eine Stadt, die sich sehr stark im Strukturwandel befindet – der Bergbau ist auf dem Rückzug, sehr viele neue Dinge werden aufgebaut –, und es bleibt abzuwarten, wie sich die Entwicklung demnächst auch auf dem Arbeitsmarkt widerspiegelt.

Ich möchte Ihnen kurz unsere Einrichtung vorstellen, weil sich daran vieles gut ableiten lässt. Wir sind Träger dreier Einrichtungen, und die Haupteinrichtung ist das seit 2014 zertifizierte Familienzentrum „Rappelkiste“. In Nordrhein-Westfalen sind das Kitas, die mit einem besonderen Aufgabenauftrag auch der Eltern- und Stadtteilarbeit umgewandelt wurden. Dort haben wir zwei Gruppen, eine Kindergartengruppe von 2 bis 6 Jahren. Die Kinder sind 45 Stunden bei uns, das ist also schon eine ganze Menge an Zeit. Wir haben von 7.00 bis 17.00 Uhr geöffnet. Unter dem gleichen Dach haben wir noch eine Hortgruppe – das ist für Nordrhein-Westfalen eigentlich ein Novum, weil dort mittlerweile die Kinder eher in den offenen Ganztag gehen –; das sind dann Grundschulkindern von 6 bis 10 Jahren. In jeder dieser Gruppen sind vier integrative Kinder, das sind Kinder, die auf den ersten Blick erstmal nicht behindert sind, sie werden bei uns auch nicht als behinderte Kinder angemeldet, sondern das wird im Laufe der Zeit diagnostiziert. Sie haben vor allen Dingen Entwicklungsverzögerungen, Sprachhemmnisse und sozial-emotionale Beeinträchtigungen. Momentan haben wir 41 Kinder, also eine kleine Überbelegung, und ein Dauerbesuchskind aus einer Flüchtlingsfamilie, das wir einfach so aufgenommen haben und mit durchziehen. Manchmal muss man sich auch am Rand der Illegalität bewegen, dieses Kind wird über unseren Verein gesponsert. Dramatisch ist, dass von diesen 41 Kindern 37 Kinder aus Familien kommen, die Transferleistungen beziehen, also Hartz IV, SGB II-Asylbewerberleistung oder ergänzende Leistungen wie Wohngeld erhalten. Schwerpunkt im Familienzentrum ist Familienbildung, Beratung, Stärkung der Erziehungskompetenzen der Eltern, Entlastung der Familien und integratives Arbeiten. Dafür haben wir ein multiprofessionelles Team – fünf Erzieherinnen, zwei Sozialpädagogen und eine Halbpädagogin. Wir versuchen, unsere



Leute sehr gut zu schulen, wir haben u. a. eine Sprachförderkraft, eine ausgebildete Kraft in positiver Familienberatung und eine Fachkraft für interkulturelle Kompetenz. Wir versuchen, im Familienzentrum auch viel mit Therapien zu arbeiten, d. h., aufgrund der Lage der Familien viele Therapiemöglichkeiten direkt bei uns im Haus anzubieten. Dazu gehört Ergo- und Logotherapie, Frühförderung, Motopädie, tiergestützte Therapien, wie z. B. heilpädagogisches Reiten, und wir haben auch einen Hund, der heißt Emma und ist auch ein Therapeut. Die Diagnostik wird auch bei uns im Haus gemacht, das ist ganz praktisch, weil wir in der Vergangenheit festgestellt haben, dass viele Familien allein diesen Weg zur Diagnostik aus dem Stadtteil heraus nicht finden, Kinderärzte vielleicht auch nicht ganz so schnell eine entsprechende Behandlung genehmigen, als wenn wir uns dahinterklemmen, das läuft eigentlich ganz gut. In Nordrhein-Westfalen genießen wir als Familienzentrum den Luxus, neben der normalen Kinderbildungs-(KibiZ-)pauschale pro Kind, extra 14.000 Euro für das Familienzentrum zu bekommen. Außerdem sind wir Kita-Plus mit 19.000 Euro, weil wir in einem sozialen Brennpunkt liegen. Wir bekommen auch noch 5.000 Euro für Sprachförderung, das ist also schon ganz komfortabel. Sie haben ja gerade gehört, welche Fachkräfte wir beschäftigen, und da können Sie sich vielleicht auch schon denken, dass das doch etwas über das Normalbudget oder das hinausgeht, was Erzieherinnen im Durchschnitt verdienen würden. Wir versuchen auch, Spenden zu akquirieren, um Sonderdinge zu ermöglichen.

Für die älteren Kinder haben wir das sogenannte Jugendcafé Borsigweg, das ist ein offenes Angebot für Kinder und Jugendliche und wird über Leistungsvereinbarungen der Stadt Bottrop mit 2,5 Stellen, Sozialpädagogen und Verwaltung finanziert. Dort werden zusätzliche Angebote wie Familienbildung, Sprachkurse für Flüchtlingsfamilien und Schuldnerberatung angeboten. Dazu kommen kulturpädagogische Angebote, die meistens über Stiftungen finanziert werden, z. B. jetzt aus dem Bundesprogramm "Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung" das Projekt „Künste öffnen Welten“. Hauptziel der Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen ist, die Kompetenzen der Kinder zu nutzen und sie zu stärken. Das ist vor allen Dingen auch vernetztes Arbeiten mit sehr vielen

Schulen und Institutionen. Ganz aktuell liegt der Schwerpunkt selbstverständlich bei Flüchtlingskindern und -jugendlichen und deren Familien, die gehäuft in unserem Quartier untergebracht werden – in Bottrop Gott sei Dank noch sehr viel in Wohnungen; aber Wohnungen, die bezahlbar oder die überhaupt frei sind, liegen dann auch wieder in den belasteten Stadtquartieren. Ein Angebot – ein niederschwelliges Brückenprojekt – machen wir direkt in einer Flüchtlingsunterkunft. Dort leben 120 BewohnerInnen, und das richtet sich an Kinder, die im Moment keine Kindergartenplätze bekommen können.

Zum Thema Armut haben Gott sei Dank meine Vorredner alle Zahlen präsentiert, so dass ich mich da zurückhalten kann. Ein Satz vielleicht: Armut ist im Leben unserer Besucher und Besucherinnen oft keine Episode im Leben, sondern einfach ein Normalzustand. Das Land NRW hat ja das Programm „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“. Dort sind wir als Kommune nicht dabei, aber ich denke, dass man vieles aus dem Programm auch auf unsere Arbeit übertragen kann. Es ist nachgewiesen, dass man die größten Kompensationseffekte zum Thema Kinderarmut in der Kita-Ebene sehen kann und man von daher auch Ungleiches möglichst ungleich behandeln muss. Daher finde ich es sehr gut, dass es diese zusätzlichen Fördermöglichkeiten über die Landesfinanzierung Familienzentrum gibt. Leider ist die Arbeit – ich will nicht stöhnen – für arme Träger, wie wir einer sind, nicht einfach zu stemmen. Auch hier fehlt nach wie vor Geld für Ausbildung, für Weiterbildung und für Supervision unserer Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen. Aber ich werde jetzt nicht weiter über uns als armer Träger sprechen, sondern an ein paar Beispielen die konkrete Armut unserer Besucher/Besucherinnen schildern.

Als erstes Beispiel habe ich das Essengeld genommen. Bei uns ist das Essen mit 2,70 Euro einschließlich Frühstück eigentlich relativ billig. Wir kochen selbst, weil wir sehr viel Wert auf gesundes Essen legen. Die Eltern zahlen einen Anteil von 1 Euro pro Essen, der Rest wird über das Bildungs- und Teilhabepaket, also über das Jugendamt abgewickelt. Es ist trotzdem noch eine hohe Hürde, alleine diesen 1 Euro bei den Familien einzutrei-



ben. Da muss man sehr pädagogisch arbeiten, das geht teilweise dahin, dass man bei einigen sagt: „okay, du musst dein Kind dann eben mittags aus der Kita abholen.“ Das ist dann sehr hart, aber es ist einfach auch mit viel Bürokratie verbunden. Die ganzen Beantragungen über das Bildungs- und Teilhabepaket machen meine Kolleginnen nebenbei in der Kita, weil unsere Eltern damit auch schlichtweg überfordert wären. Beispiel Bekleidung: Unsere Kinder kommen meistens in sehr billiger Bekleidung, mit schlechtem Schuhwerk an den Füßen, sie haben keine Ausstattung mit Gummistiefeln und Regenhosen, selbst Windeln sind oft ein Problem. Wir tragen dann über Spenden und Sponsoren Sorge dafür, dass die Kinder damit ausgestattet werden. Ein schönes Beispiel ist auch das Schulmaterial. Das Sozialwissenschaftliche Institut der evangelischen Kirche Niedersachsen hat ausgerechnet, dass für eine Erstaussstattung eigentlich 300 Euro notwendig wären. Sobald die Kinder an eine weiterführende Schule wechseln, sind es 350 Euro. Sie wissen alle, aus dem Bildungs- und Teilhabepaket stehen für das ganze Jahr 100 Euro zur Verfügung. Wenn man noch Sportschuhe, Bekleidung und Bastel- oder Kopiergeld, das teilweise an Schulen gezahlt werden muss, dazurechnet, ist das sehr mager. Kaufhäuser und Schreibwarenläden bieten mittlerweile sogenannte Schulranzenpartys an – das wusste ich auch noch nicht. Auf diesen wird damit geworben, dass man Schulranzen – es handelt sich da wohl um Markenprodukte – auch auf Ratenzahlung erwerben kann. Die Nachfrage in der Kita hat ergeben, dass wirklich etliche unserer Eltern diese Sachen auf Raten abstottern.

Wie hoch das Risiko bei Alleinerziehenden ist, wurde ja schon gesagt. Dazu kommt oft eine schlechte, beengte Wohnsituation, die wenig Rückzugsorte bietet. Die Kinder bekommen hautnah mit, was in den Familien passiert, auch sehr unangenehme Dinge, und das Ergebnis sind dann diese acht Kinder mit anerkanntem Förderbedarf aufgrund sozialemotionaler Störung in unserer Einrichtung. Das ist wahrscheinlich nur die Spitze eines Eisbergs. Zum Thema Gesundheit überhaupt: Im Bottroper Gesundheitsbericht von 2014 ist ganz deutlich dargestellt, dass in armen Quartieren signifikant mehr Kinder mit Adipositas und schlechtem Zahnstatus leben. Die Einschulungsuntersuchungen geben dafür sehr gute Werte.

Mangelnde Bewegungskoordination und Sprachförderbedarf – das alles spiegelt sich auch in unserer Kita deutlich wider. Ein weiteres Beispiel sind Grundschulschließungen. Die armen Eltern haben meistens keine Lobby. In Stadtteilen mit gut sortierter Mittelschicht gehen die Eltern auf die Barrikaden, wenn die Schule schließt. Unsere Eltern sind damit überfordert, mit dem Ergebnis, dass diese Eltern, die sowieso schon über wenig Mobilität verfügen, auch noch dafür bestraft werden und große organisatorische Hürden bewältigen müssen: Das Kind A ist in der Kita, das Kind B demnächst in der Grundschule X, der Neuschüler C ist, weil die Stadtteilschule schließt, in der Grundschule Y, und das älteste Kind mit Förderbedarf ist in einer Förderschule in einem weit entfernten Stadtteil. Diese Mutter muss morgens einen echten Spagat machen. Gott sei Dank haben wir einen Bufdi und einen Fahrdienst, so dass auch solche Dinge zu bewältigen sind.

Ein weiteres Beispiel ist Urlaub, den kennen unsere Familien eigentlich nicht. Wir bieten Familienfreizeiten an, die im Prinzip immer alle sofort ausgebucht sind. Von der Teilhabe am kulturellen Leben – und ich finde, Urlaub gehört u. a. dazu – sind die Familien eigentlich ausgegrenzt.

Eine Sache ist mir noch wichtig – ich habe sehr viel von den kleinen Kindern gesprochen –, in unserem Jugendcafé machen wir oft die Erfahrung, dass gerade Mädchen, die eigentlich eine gute Bildungsbiografie haben – das sind ja oft die besseren Schülerinnen –, irgendwann einen Biografieeinbruch haben, nämlich beim Übergang von der Schule zum Beruf. Da ist es ganz oft so, dass, wenn sie keine Unterstützung im Elternhaus haben und nicht gut beraten werden, ein Einbruch erfolgt und sie oft eher den Job im Niedriglohnsektor annehmen, statt in eine Ausbildung zugehen. Da fände ich es sehr schön, wenn man diese Jugendlichen, diese jungen Mädchen und Frauen z. B. mit einem Coaching als Bildungsbegleiter begleiten könnte. Denn oft fängt der Kreislauf wieder von vorne an: Sie werden oft früh Mutter und dann haben wir wieder die Sache, die wir verfestigte Armut nennen.

Ich habe noch eine kleine Broschüre, die kann ich



Ihnen nachher gerne mitgeben.

Abg. **Susann Rüttrich** (SPD): Ich muss mich un-  
höflicherweise verabschieden, es tut mir leid.

**Angela Basekow** (AWO Potsdam): Ich schließe  
einfach an. Das, was eben beschrieben wurde,  
nennen wir oft Armutskarrieren, dass tatsächlich  
die familiären Verhältnisse dafür herhalten.

Ich fange bei unseren Projekten an. Wir betreuen  
ca. 3.000 Kinder. Wir haben auch Obdachlosen-  
heime speziell für Familien, damit die Kinder  
nicht in den normalen Obdachlosenheimen woh-  
nen müssen. Kurz zur geografischen Einordnung:  
Wir sind in Potsdam, Potsdam-Mittelmark, Ha-  
velland und Brandenburg tätig. Unsere verschie-  
denen Projekte fangen beim Essen an. Wir sind  
nicht pädagogisch, sondern bei uns erhalten alle  
Kinder Essen, ob die Eltern bezahlen oder nicht,  
und zwar mit dem Hintergrund, dass das Geld, das  
Kinder in Bedarfsgemeinschaften erhalten, Kin-  
dereinkommen ist und nicht zur Betreuung oder  
zum Essensgeld heranzuziehen ist. Das, was da  
drin ist, reicht nicht für das, was tatsächlich aus-  
gegeben werden soll. Deswegen sagen wir, dass es  
eine andere Lösung geben muss. Die geschilderten  
Probleme mit der Kleidung, Gesundheit, Ferien  
kennen wir auch alle. Ganz schwierig wird es für  
die Kinder immer im Schulsystem. Das Schulsys-  
tem ist darauf ausgelegt, dass es Leistungen ab-  
fängt, aber nicht, dass es auch unterstützt. Wir  
haben an sieben Potsdamer Schulen und in einer  
Havelländer-Schule die „Spirellibande“. Wir  
können es uns nicht leisten, das Mittagessen aus  
Spenden zu finanzieren, wir machen dort gesun-  
des Frühstück. Wir haben ziemlich gute Erfah-  
rungen damit, dass es in den Schulen, wie heißt  
das, leistungsgerechter, also ruhiger zugeht, dass  
die Kinder tatsächlich besser ankommen, dass die  
Kinder ausgeglichener sind und dann auch einen  
Lernwillen entwickeln. Wir haben es oft mit  
Tauschbörsen unterstützt.

Im letzten Sommer haben wir die Aktionswoche  
„Kinderarmut“ und fünf Thesen aufgestellt: Zum  
einen, dass die Kinder im ganzen Bildungssystem  
keine Chancen haben. Am schlimmsten ist es in  
den Ganztagschulen, weil es dort den ganzen Tag

tatsächlich Lernen, aber keine Unterstützung gibt.  
Arme Kinder haben außerdem in keiner Alters-  
stufe eine funktionsgerechte Kleidung. Arme  
Kinder bekommen keine ausgewogene Ernährung.  
Arme Kinder können oft keinen Hobbys nachge-  
hen. Das Bildungs- und Teilhabepaket ist ganz  
schön, hat aber in seinen Sätzen auf gar keinen Fall  
die Kontinuität, dass das bezahlbar ist. Und arme  
Kinder kommen nicht aus ihrem Umfeld heraus.  
Wir gehen weiter und sagen, dass sie nach unseren  
praktischen Erfahrungen nicht nur nicht in die  
Ferien fahren, sondern sie nur einen 3-km-Um-  
kreis haben. Das hat meistens etwas mit der Fahr-  
karte zu tun und dann auch mit dem Wohnsitz, wo  
man sich wohlfühlt. Das können wir leider noch  
nicht wissenschaftlich beweisen, aber das zeigt  
unsere Alltagsarbeit auf. Die „Spirellibande“ sind  
Sponsoren – Privatleute, Betriebe –, die einen  
Naturaleinsatz von 63 Cent pro Kind pro Früh-  
stück zahlen. Es gibt, glaube ich, 197 oder knapp  
200 Schultage in Brandenburg. In den Ferien  
werden die Kinder nicht versorgt. Wir haben jetzt  
mittlerweile Anrufe aus Schulen, meistens  
Brennpunktschulen, zu denen Caterer sagen, „es  
sind nur noch 10 von 100 Kindern zu versorgen,  
das ist uns einfach zu aufwendig, die Kinder  
können in eine andere Schule laufen, und die an-  
deren kriegen halt nichts zu essen.“ Es gibt auch  
viele Berichte über Caterer, die Eltern erziehen  
wollen. Das ist eine Umkehrung des Problems. Es  
ist ganz wichtig, dass da genau hingeschaut wird,  
wenn ein Schulgesetz besteht und eine Leistung  
abgefordert ist und eine Ganztagschule aufgebaut  
wird, dann ist unserer Meinung nach auch für  
kostenloses Essen zu sorgen. Es wird immer auf  
das Elternhaus übertragen.

Um das Schulsystem dahingehend zu gestalten,  
dass es den Kindern auch gesundheitlich besser  
geht, verfolgen wir – glaube ich – seit 2012 vehe-  
ment das Projekt Schulkrankenschwestern. Wir  
möchten, dass an jeder Schule in Deutschland eine  
Schulkrankenschwester tätig ist. Es gibt bestimmte  
Schlüsselzahlen, im gesamten europäischen Um-  
land haben wird das. Mittlerweile haben wir uns  
mit Hessen zusammengeschlossen, um an den  
Schulen tatsächlich Aufklärung und Ernährungs-  
beratung für die Kinder zu machen, die es auch auf  
diesem Sektor schwer haben. Das sind nicht nur  
die armen Kindern, das sind auch die Migranten-  
kinder – also dass Migrantenkinder manchmal



auch arm sind, da weiß ich nicht, wie groß der Zufall ist. Aber wir haben tatsächlich auch arme deutsche Kinder, also das kann man immer wieder sagen und man kann es auch immer wieder anhand der Zahlen beweisen – das wird immer nicht so ganz klar. Es gibt Machbarkeitsstudien, mittlerweile wird das Curriculum für den neuen Berufszweig Schulkrankenschwester von uns entwickelt. Wer daran Interesse hat, dazu könnte ich auch noch etwas herausgeben.

Ganz wichtig ist an der Stelle: Die Kindertagesstätte ist der Ort, wo es den Kindern mit Armutshintergrund immer noch am besten geht, weil mit dem dortigen System dem Kind tatsächlich noch vieles zugeschoben, vieles gedeckt und auch vieles ausgeglichen werden kann. An Schulen, in der Berufsausbildung und in der Freizeit gibt es keine guten Hilfesysteme. Man hat da oder da mal einen Jugendklub, man hat da oder da mal eine Unterstützung – aber dann hört es wirklich auf. Wenn ein armutsgefährdetes Kind in die Schule kommt, dann verdoppelt sich diese, wenn man sich die Altersstufen anschaut.

**Vorsitzender:** Vielen Dank, Frau Basekow. Ich weiß nicht, ob Herr Pöls noch kommt, dann sind wir jetzt zu zweit. Das schadet aber auch nichts. Wir haben Verstärkung von Jörn Wunderlich aus dem Familienausschuss sowie weitere Gäste, auf die ich in der Eile vorhin vergessen habe hinzuweisen. Wir laden die entsprechenden Fachressorts der Bundesregierung mit ein: Herr Plewka und Frau Zötsch aus dem BMFSFJ, Frau Erbel-dinger aus dem Bundesministerium Arbeit und Soziales und Frau Stiedenroth, die in diesem Raum aus langjähriger Erfahrung diese Kommission aus eigener Arbeit mit am besten kennt, die persönliche Referentin der Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg, Diana Golze – herzlich willkommen. Habt ihr schon Fragen?

Abg. **Beate Walter-Rosenheimer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erstmal vielen Dank für die sehr interessanten Vorträge. Ich habe eigentlich keine Frage, ich habe mich mit dem Thema schon länger beschäftigt. Die Arbeit, die Sie vor Ort machen, finde ich total bewundernswert. Ich habe auch

schon Einrichtungen besucht und finde es wirklich toll, dass für diese Kinder jemand da ist. Ich wollte etwas zum Thema Jugendliche sagen, ich bin jugendpolitische Sprecherin meiner Fraktion. Das ist nochmal ein anderes Thema als bei Kindern, die Jugendlichen sind in diesem Übergang und lösen sich auch aus den Familien. Wenn sie aus sehr armen Familien kommen, mit all den Einschränkungen, die Sie auch beschrieben haben, haben sie ganz andere Startchancen als Jugendliche, die mehr gefördert, mehr unterstützt worden sind. Da hängen ja viele andere Dinge dran. Das weiß ich auch aus meiner früheren Arbeit als Psychologin, ich bin noch nicht so lange im Bundestag. Da hängen Dinge dran, wie Motivation, den Rücken stärken und die Entscheidung, wo man später hin möchte; Jugendliche brauchen in dem Alter ja oft noch einen Schub. Das ist etwas, mit dem wir gerade anfangen zu arbeiten, wie geht's eigentlich den Jugendlichen damit? Und das ist ein Thema, um das wir uns auch mit den vielen jungen Geflüchteten bemühen. Wir haben eine Ausbildungs-garantie erdonnen, die wir jetzt auch aussäen wollen. Wir sagen, diese Jugendlichen brauchen mehr Ermutigung, man muss sie mehr an die Hand nehmen, sie brauchen viel mehr Einsatz, damit sie sich z. B. entscheiden, die Schule zu beenden und eine Ausbildung zu machen und nicht darauf hereinzufallen, jetzt mal schnell zu arbeiten – wenn sie das überhaupt machen – und dann später dazustehen mit... Sie haben es schön beschrieben, dass sie genau wieder in dieser Schleife landen, bei jungen Frauen ist es dann auch sehr oft die frühe Mutterschaft. Da wird es dann sehr viel schwieriger. Wir wollen vermehrt Ausbildung in Teilzeit anbieten und auch die jungen Frauen irgendwie mitnehmen, so dass sie Kind und Ausbildung vereinbaren können. Ich glaube, dass man da wirklich noch sehr viel tun kann, indem man diesen jungen Menschen auch die Möglichkeit gibt, an etwas anzuschließen und sie sich nicht schon sehr früh aufgeben oder sich mit einem Dahindümpeln, was den Job angeht, für wenig Geld zufrieden geben. Wenn jetzt wieder die Mindestlohn-debatte aufgemacht wird, wenn man über die geflüchteten Menschen spricht, dann ist es umso wichtiger, dass man darauf schaut und auch Maßnahmen ergreift. Das sehe ich auch als unsere, die wir Kinder- und Jugendpolitik machen, Aufgabe an, darauf zu achten.



**Vorsitzender:** Das ist jetzt eine Sondersituation, dass hier drei Oppositionspolitiker sitzen. Ich habe zwei Punkte. Zum einen die Frage der Sanktionspraxis der Jobcenter, weil das für uns tatsächlich ein größeres Thema ist und wir diese Frage regelmäßig thematisieren und darauf auch angesprochen werden. Hierzu gibt es regelmäßig Zuschriften und immer wieder parlamentarische Anfragen, Anträge etc. Was in diesem Kontext besonders interessant ist: Inwiefern haben Sie Erfahrung mit der Sanktionspraxis von Jobcentern, was Familien mit Kindern angeht, möglicherweise auch was Alleinerziehende angeht und was Kinder selbst angeht? Ich hatte Fälle auf dem Tisch, in denen es um SGB II-Bezieherinnen ging, die die allgemeine Hochschulreife, sprich Abitur, anstrebten und gemacht haben und mit der Volljährigkeit dem Jobcenter ausgeliefert waren. Das Jobcenter hat trotz des Schulbesuches am Gymnasium versucht zu sanktionieren. Man hat sie zu regelmäßigen Pflichtgesprächen auch während der Schulzeit geladen, zum Teil wurden sie aus den Abitursklausuren gezogen und bei Nichterscheinen trotz Entschuldigung mit Sanktionen gedroht – das ist eine völlig absurde Situation. Das ist aber etwas, das so ein bisschen im Nebel liegt. Die Sanktionspraxis wird bereits thematisiert, aber die Frage, inwiefern sich diese auch gegen Familien mit Kindern, möglicherweise gegen Kinder explizit in SGB II-Bezugsfamilien richtet, ist schon noch ein eigenes Thema. Mich würde interessieren, ob Sie damit Erfahrungen haben.

Die zweite Frage richtet sich an Frau Tophoven und Herrn Seils. Wir haben sehr interessiert die Auswertung des Mikrozensus verfolgt. Ich kann nachvollziehen, dass wir in einigen Ländern zunehmende Ungewichte haben. Wir haben in Ostdeutschland aufstrebende Regionen, das ist unbenommen, und wir haben Regionen, die das nicht sind, in denen wir aber möglicherweise eine deutlich zurückgehende Zahl von Kindern haben. Wenn dort einfach keine Kinder mehr leben, könnte das auch Kinderarmut dezimieren – das ist ja eine andere Fragestellung. Ich habe aber überhaupt nicht verstanden, weshalb in den Regionen Westdeutschlands, in denen der Strukturwandel zum Teil schon 30, 40 Jahre andauert, jetzt auf einmal die Armutszahlen noch hochgehen. Das ist eigentlich gar nicht nachvollziehbar, wenn sie im Gesamttrend in ähnlich betroffenen Regionen

Ostdeutschlands ein Stückchen zurückgehen, warum sie dann in vergleichbar armen, strukturschwachen Regionen Westdeutschlands auf einmal ansteigen. Es ist mir unklar, wo da möglicherweise Ursachen liegen oder was aus der Statistik ablesbar ist.

**Cornelia Kavermann** (AG Soziale Brennpunkte Bottrop e. V.): Ich würde gerne die Frage zum Ruhrgebiet beantworten, weil es dort wirklich ganz eklatant ist. Es ist so, dass wir eine ganze Weile einen finanziell wirklich sehr gut ausgestatteten Arbeitsmarkt hatten, z. B. den Bergbau. Dort wurden sehr gute Löhne gezahlt. Die Arbeitsmarktzahlen sind in diesem Bereich drastisch zurückgefahren worden, da gibt es eigentlich nur noch einen Rumpf von Industrie, und es wird mit Dienstleistungsarbeitsplätzen aufgefüllt, die schlechter bezahlt sind. Teilweise sind das Arbeitsplätze, die gerade mal mit Mindestlohn bezahlt werden. Insofern könnte ich es mir so erklären, dass der Aufschwung in den Regionen nicht ankommt, sondern im Moment eher noch einen Abschwung, also steigende Armutszahlen bedeutet.

**Dr. Eric Seils** (Hans-Böckler-Stiftung – Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut): Was die Entwicklung der Armutquoten in unterschiedlichen Regionen angeht, so muss man sich einfach die Entwicklung der Arbeitslosenquote anschauen, welche Ursachen dann auch immer dahinterstehen. In den ostdeutschen Bundesländern – auch im Land Brandenburg – sind die Arbeitslosenquoten weit mehr zurückgegangen als im Bundesdurchschnitt. In Nordrhein-Westfalen ist es hingegen so, dass die Arbeitslosenquote bestenfalls mit dem Bundesdurchschnitt gesunken ist. Das macht dann den großen Unterschied aus, ob eine Region zurückbleibt und die Menschen einkommens-technisch auch hinter der Einkommensentwicklung im Bundesgebiet zurückbleiben. Das ist die technische Erklärung. Wenn man das substantiell noch weiter betrachten will, dann muss man schauen, warum sich die Arbeitslosenquote in Nordrhein-Westfalen nicht besser entwickelt hat. Aber ich denke, das würde an dieser Stelle zu weit führen.



**Silke Tophoven** (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung): Ich möchte dazu noch einen Punkt ergänzen. Ich denke, man muss sich auch von der Betrachtung Ost-West lösen. Denn es wurde auch sehr deutlich, dass wir in Westdeutschland dieses Nord-Süd-Gefälle haben, also Nordrhein-Westfalen und daneben Bayern und Baden-Württemberg. Ich denke, etwas differenzierter hinzuschauen und weniger Ost-West, sondern mehr Nord-Süd in die Betrachtung mit einzubeziehen, macht es manchmal plausibler.

**Angela Basekow** (AWO Potsdam): Ich möchte gerne die Frage nach den Sanktionen beantworten. Ja, Familien werden sanktioniert. Es werden auch Familien sanktioniert, die in Betreuung sind, und es werden vor allen Dingen auch junge Leute sanktioniert. Damit haben wir die größten Probleme. Wir führen keine Statistik, aber im Alltagsgeschäft steht das wirklich mit an erster Stelle. Was passiert, wenn eine Familie auf null sanktioniert wird? Im Moment helfen dann die Tafeln. Sie verhindern die Sichtbarkeit der Armut, also dass dann wirklich gehungert wird. Das muss man wissen, das ist ein Punkt.

**Vorsitzender:** Was ist denn Auslöser für eine Sanktionierung? Es muss ja Grundlagen dafür geben, dass man Familien, insbesondere Schutzbedürftige, sprich Kinder, trifft und bis auf null sanktioniert; d. h. man zahlt keine Geldleistungen, damit gibt man sie ja, wenn es keine anderen, nichtstaatlichen Strukturen gäbe, dem Hunger preis. Damit fallen sie unter das Existenzminimum. Das ist ja auch ein Zustand, bei dem sich die Frage stellt, inwiefern das überhaupt verfassungsgemäß ist. Da muss ja irgendetwas passiert sein, damit ein Jobcenter auf die Idee kommt, zu solchen Maßnahmen zu greifen, außer dass wir wissen, dass Jobcenter insgesamt zu einer hohen Sanktionsfreudigkeit angeregt werden. Was ist denn in solchen Familien passiert?

**Angela Basekow** (AWO Potsdam): Es sind wirklich Einzelfälle. Schaut man sich jeden Einzelfall an, dann kommen drei Sachen zusammen: den Termin nicht eingehalten, irgendein Papier nicht beigebracht, irgendeine Bewerbung nicht erfolgt. Es ist sehr unterschiedlich. Das Problem ist, dass Kinder

sanktioniert werden dürfen. Das muss einfach weg, weil es Kindereinkommen ist – das will einfach keiner wahrhaben und das wird in keinem System beachtet. Das wäre ganz wichtig.

Abg. **Jörn Wunderlich** (DIE LINKE.): Ich habe eine wahrscheinlich rein technische Frage. Bei der Armutsgefährdungsgrenze haben Sie diese Beispiele mit den Erwachsenen, Kinder unter 14, Kinder über 14, alleinerziehend und Kind unter 14 genannt. Bei zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 kamen Sie auf 1.926 Euro, und bei zwei Erwachsenen mit zwei Kindern, aber ein Kind unter 15 und eins jünger, kamen Sie auf 78 Euro weniger. Der eine Betrag war allerdings auf das Jahr 2013 bezogen, der andere auf 2014. Jetzt ist die Frage, ob das am Jahr liegt oder daran, dass Sie eine andere Altersklassifizierung nehmen. Warum einmal unter 14 und einmal unter 15? Je nachdem nach welcher Statistik man geht, bekommt man andere Zahlen, weil die Bezugsgrößen, nehme ich an, immer wieder andere sind. Da würde ich gerne wissen, woher diese Unterschiede kommen? Liegt es einfach daran, dass sich in dem Jahr die Einkommen verändert haben? Denn mit der Einkommensveränderung ändert sich ja auch die Armutsgefährdungs ...

**Silke Tophoven** (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung): Ich beginne mal zu antworten, ich denke, wir können beide etwas dazu sagen. Es liegt natürlich zum einen am Jahr, dass das Medianeinkommen in den Jahren unterschiedlich ist. Dann liegt es wiederum an der herangezogenen Datenbasis: bei mir waren es die Daten des Panels Arbeitsmarkt und soziale Sicherung, bei Herrn Seils war es der Mikrozensus. Wie Sie richtig erkannt haben, liegt es außerdem am Alter der Kinder. Das heißt, ich habe mich am SGB II orientiert. Dort werden die Kinder unter 15 Jahren als Kinder gefasst; es ist aber oft eine übliche Definition, Kinder bis 14 Jahre zu fassen. Auf der Basis der neuen OECD-Skala gibt es noch den Wert für die weiteren Personen im Haushalt. Dieser beträgt bei Kindern im Alter unter 14 Jahren 0,3 und bei Kindern von 14 Jahren und älter dann 0,5. So hat man je nach Haushaltszusammensetzung, je nach Datenbasis und auch je nach betrachtetem Jahr unterschiedliche Armutsgefährdungsschwellen. Wir stellen aber auch eine recht ähnliche Ent-



wicklung fest, auch wenn wir unterschiedliche Quellen, unterschiedliche Daten haben. Diese kleinen Unterschiede fallen meiner Meinung nach weniger ins Gewicht, sondern wir sehen immer wieder eine ähnliche Population.

**Dr. Eric Seils** (Hans-Böckler-Stiftung – Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut): Ich denke, dazu ist jetzt alles gesagt.

**Vorsitzender:** Vielen Dank. Wir haben es in den letzten Wochen in den Sitzungen so gehandhabt, dass auch Gäste die Möglichkeit hatten, in die Debatte einzugreifen. Wenn Sie wollen, haben wir noch ein knappes Zeitfenster für Fragen oder Anmerkungen. Wir müssen es aber nicht unnötig in die Länge ziehen. Kein Bedarf? Nochmal der Kollege Wunderlich.

Abg. **Jörn Wunderlich** (DIE LINKE.): Frau Kavermann, ist das jetzt in Bottrop nur stadtteilbezogen oder geht das auch über die Stadtgrenze hinweg? Angenommen es kommt eine Familie aus Kirchhellen oder aus Gladbeck, sagen Sie dann, „nein, wir sind in Bottrop“? Gibt es in den umliegenden Städten ähnliche Vereine, gibt es da eine Zusammenarbeit? Hängt das dann auch wieder mit der Förderung zusammen?

**Cornelia Kavermann** (AG Soziale Brennpunkte Bottrop e. V.): Gott sei Dank gibt es mittlerweile auf das ganze Stadtgebiet verteilte Familienzentren. In der ersten Phase wurden prioritär die Stadtquartiere mit besonderen Benachteiligungen ausgewählt. Mittlerweile ist das aber in der Kommune wirklich gut verteilt. Es sind natürlich ganz unterschiedliche Problemlagen. Sie erwähnten gerade Kirchhellen. Das ist wahrscheinlich in Berlin kein Begriff. Kirchhellen gehört auch zu Bottrop, ist aber Münsterland. Das ist eine bäuerliche Gemeinde, mittlerweile Speckgürtel, wo man sehr gerne hinzieht, wo es viele neue junge Familien gibt. Aber das ist ja auch nicht immer ohne, also das heißt ja nicht, dass viele Probleme nur finanzieller Natur sind. Ich möchte gerne noch erwähnen – das habe ich vergessen zu sagen –, dass es mir auch nicht nur um die finanzielle Armut geht. Bildungsarmut sehe ich genauso oft in der Mittelschicht. Mir fallen auch gehäufte psychische Er-

krankungen entweder der Eltern oder der Kinder auf. Wir sind dabei zu schauen, woran das liegt. Sind das immer nur die Lebensumstände, sind es Beeinträchtigungen oder gesellschaftlicher Druck? Gehäuft tritt bei unseren Armutsfamilien das Problem der Sucht – Tablettenabhängigkeit – und auch psychische Erkrankungen auf, die sich sehr stark auf das Familienleben auswirken.

Einen kurzen Schlenker zurück zu den Finanzen: Gerade wurde auch erwähnt, dass im Fall von Sanktionen die komplette Bedarfsgemeinschaft sanktioniert wird. Ich finde, das geht gar nicht. Ich finde, Kindern müsste eine kindgerechte, unantastbare Grundsicherung zustehen. Mittlerweile sehe ich die Verteilung des Kindergeldes mit der Gießkanne als anachronistisch an, weil es nicht mehr den Lebens- und Familienmodellen, die wir haben, entspricht. Egal, es wird in die Breite gestreut. Da würde ich mir ein Umdenken wünschen, so dass wir eher gezielt in die Kindersicherung einsteigen könnten.

**Dr. Eric Seils** (Hans-Böckler-Stiftung – Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut): Ich würde gerne einen kurzen Kommentar zu dem abgeben, was Frau Walter-Rosenheimer zum Thema Teenager-Mutterschaften gesagt hat, das hat mich auch schon beschäftigt. Man kann auf regionaler Ebene tatsächlich zeigen, dass der Anteil der Mädchen und Frauen, die unter 20 schwanger oder Mütter werden, in einem sehr engen Zusammenhang zur SGB II-Quote der jungen Frauen in dieser Region steht. Das gilt auch nach Kontrolle unterschiedlichster Faktoren, also etwa der Religion oder des Anteils an Alleinerziehenden.

**Vorsitzender:** Dann sind wir an der Stelle soweit durch. Wenn Sie die Möglichkeit nutzen wollen, können Sie noch ein kurzes Fazit ziehen. Ist das gewünscht? Das sehe ich an der Stelle nicht. Dann würde ich das Expertengespräch ...

Abg. **Jörn Wunderlich** (DIE LINKE.): Es geht jetzt hier um verfestigte Armutsmilieus etc. Was ist aus Ihrer Sicht der Hinweis an die Politik, in welche Richtung müsste hier etwas in Gang gesetzt oder – wie die CDU sagt – beraten werden? Was ist defi-



nitiv anzuschieben, um diese verfestigten Milieus aufzubrechen, damit wir sie nicht in zweiter, dritter, vierter Generation haben und dann überhaupt nicht mehr an sie herankommen, so dass wir dann tatsächlich eine – wie man so schön boshaft sagt – „Parallelgesellschaft“ haben, die sich von allem anderen absentiert. Da müssen wir rein. Was ist aus Ihrer Sicht erforderlich, wie können wir da ganz konkret herangehen? So konkret, dass es auch die CDU versteht.

**Vorsitzender:** Es ist immer schön, wenn es zum Ende lebendig wird. Frau Basekow hat sich gemeldet und danach Beate Walter-Rosenheimer.

**Angela Basekow** (AWO Potsdam): Ganz wichtig ist, dass Bildung und Kultur, also Sportvereine, unabhängig von den Finanzen der Eltern sind. Das heißt, der Zugang beispielsweise zur Schule mit Kleidung, Essen und Büchern darf nicht abhängig von der Geldtasche der Eltern sein, d. h., die Schulen müssen mit Mensen ausgestattet werden. Es soll kostenloses Essen geben, und man soll es nicht den drei Kindern neiden, deren Eltern mehr Geld haben. Diese Diskussion müsste beendet werden. Die Sportvereine müssten grundsätzlichen Zutritt haben – das Bildungs- und Teilhabepaket beinhaltet nicht die gesamte Sportkleidung, die Fahrten, das Geld, das die Eltern ausgeben müssen, damit das Kind zu den Wochenendspielen kommt. Es sind sehr viele Sachleistungen. Wir haben die Erfahrung, dass wenn man Geld für die Bildung dieser Elternhäuser in sogenannten Elternschulen in die Hand nehmen würde – das hört sich ganz doof an –, dann könnte man Armutskarrieren bei Kindern tatsächlich verhindern. Man kann beides nicht voneinander trennen. Das heißt, die Eltern müssen tatsächlich immer wieder dazu animiert werden, das hinzubekommen; die Kinder finden ansonsten keine Auswege mehr, sie haben es zuhause nicht gesehen. Gehen die Eltern einer Tätigkeit nach – und wenn sie bei der „Spirellibande“ die Möhren putzen, das ist wirklich egal –, dann entwickelt sich auch für die Kinder ein anderes Bild. Es geht nur um das Bild, es geht nicht um die Bezahlung – in den ersten Arbeitsmarkt, das ist alles Quatsch, schaffen sie es sowieso nicht mehr –, sondern es geht wirklich darum ...

## Zwischenruf

... es geht um Verhaltensmuster, genau, und es geht um Vorleben – in der Kultur, in der Bildung, egal bis zu welcher Altersstufe, und vor allen Dingen im Essen, da widerspreche ich immer wieder: an erster Stelle steht das Essen. Das Essen, das arme Kinder bekommen, ist entweder schlecht, abgelaufen oder zu wenig. Das sind ganz konkrete Vorschläge... und Schulkrankenschwestern.

**Cornelia Kavermann** (AG Soziale Brennpunkte Bottrop e. V.): Elternbildung ist ein ganz wesentlicher Aspekt. Ich denke, da sind wir mit den Familienzentren auf einem guten Weg. Ich habe aber gerade schon den finanziellen Aufwand geschildert, um dort hochqualifiziert zu arbeiten. Da müssen die Strukturen so ausgestattet werden, dass gerade in diesen Stadtteilen die besten Leute arbeiten können und auch bezahlt werden. Wir haben gerade die Diskussion um den Fachkräftemangel. Die Erzieherinnen und Erzieher können sich mittlerweile teilweise ihre Arbeitsplätze aussuchen. Wenn wir für die am benachteiligsten Eltern und Familien die Besten wollen, dann müssen wir diese auch gut bezahlen können. Das heißt, Strukturen fördern und weiterer Ausbau der Kita-Plätze für ganz kleine Kinder. Das sehe ich auch als wesentlich an, um einer Frau, selbst wenn sie jung Mutter geworden ist, den Rahmen zur Verfügung zu stellen, damit sie dennoch einen Beruf verfolgen, eine Ausbildung machen kann und die Kinder gut betreut weiß.

Zum Thema Elternbildung: Das sehe ich ganz genauso. Wir müssen den Eltern den Rücken stärken und sie auch wieder viel mehr in unsere Strukturen einbinden. Ich habe z. B. lange gesagt, „so ein Elternrat ist doch ein Papiertiger, unsere Eltern sind vielleicht gar nicht dazu in der Lage“ – ganz im Gegenteil, unsere Eltern sind unglaublich gut dazu in der Lage. Sie fordern ganz oft von den Kolleginnen und Kollegen, dass sie über das und das sprechen wollen, denen sind ihre Kinder sehr wichtig. Es ist also nicht so, dass sie sich sowieso nicht interessieren und sie froh sind, wenn die Kinder vor ihren Laptops und Handys hängen. Ganz im Gegenteil, auch diese Eltern lieben ihre Kinder. Ich glaube, wenn wir sie mit diesen klei-



nen Schritten bewegen können, dann bewegen wir auch eine ganze Menge für das Demokratieverständnis. Ich glaube, dass man Eltern auch tatsächlich wieder in Strukturen hineinbringen kann, in denen sie Verantwortung übernehmen. Wenn sie erst im Elternrat sind, ist vielleicht der nächste Schritt, auch mal wieder zur Wahl zu gehen und sich für Politik zu interessieren.

**Silke Tophoven** (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung): Ich möchte noch einen Punkt ergänzen: Man weiß sehr wohl auch aus der Forschung, dass der frühe Ansatz im Kindergarten, in der Kindertagesstätte eine Möglichkeit ist, um Chancengleichheit herzustellen. Man sieht, dass z. B. der Ausgleich von Sprachbarrieren oder auch Frühförderung Wege sind, um eine Bildungskarriere zu ermöglichen, und dass dort die Möglichkeit besteht, früh anzusetzen. Dort hat man auch Befunde der Armutsforschung.

**Dr. Eric Seils** (Hans-Böckler-Stiftung – Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut): Mein persönliches Fazit dieser Veranstaltung ist, dass sich Theorie und Praxis, Sie hatten das ja am Anfang angesprochen, hier gar nicht so sehr widersprechen. Meine Hoffnungen, dass sich das Problem der Kinderarmut wirklich beseitigen lässt, sind sehr gedämpft. Aber ein Ansatz dazu kann tatsächlich sein, dafür zu sorgen, dass junge Menschen eine Lehre bekommen und in dieser Lehre bleiben. Das würde beispielsweise Teenager-Mutterschaften, so sie nicht beabsichtigt sind, verhindern; dabei ist die Teenager-Mutterschaft selbst nicht das Problem, sondern sie ist ein Indikator, und insofern könnte man Armutskarrieren verhindern.

Abg. **Beate Walter-Rosenheimer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben jetzt eigentlich alles angeschnitten, auch zu der Frage, was Politik machen kann. Sie haben etwas gesagt, das uns seit Langem bewegt, das wir auch immer wieder versuchen. Kindergrundsicherung ist ein sehr wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Wenn wir diese endlich durchbekommen würden, wäre das eine sehr große Hilfe für viele dieser Familien. Ich wollte noch nach den Eltern fragen. Sie sagten gerade, dass diese sehr wohl ihre Kinder lieben.

Sehr viele dieser Eltern wollen viel Gutes für ihre Kinder, sind aber aus diversen Gründen dazu nicht instande – zum Beispiel wegen einer psychischen Überlastung, wenn man mit mehreren Kindern, vielleicht allein und ohne Arbeit etc. da steht. Ich glaube, dass dieses Mut geben, Bestätigen und Bestärken sehr wichtig ist, und deswegen gefällt mir diese Idee der Elternschulung. Bei mir zuhause gibt es auch verschiedene Projekte, eines aus den Niederlanden, in dem man früh in die Familien geht. Es gibt auch in Bayern verschiedene Modelle, in denen schon am Wochenbett ein Angebot gemacht wird. Es wird ein Geschenk gebracht und gesagt, „wenn Sie Interesse haben, melden Sie sich.“ Das wird sehr gut angenommen. Die Erfahrungen, die man damit in den vergangenen 10 Jahren gemacht hat, sind sehr positiv auch hinsichtlich der Bindung zum Kind und dem daraus folgenden Sich-Einsetzen für das Kind. Es ist ein wichtiger Aspekt, die Eltern zu bewegen und ihnen das Gefühl zu geben, dass sie etwas bewirken und Verantwortung übernehmen können. Ich glaube auch, dass es wichtig ist, sie nicht aufzugeben, denn alleine auf die Kinder zu schauen, nützt auch nichts.

Ich bin ebenfalls eine Verfechterin davon, die Freizeit mit in die Schule hineinzunehmen. Wenn wir Ganztagschulen machen, müssen die Vereine an die Schulen. Dann muss das, was gebraucht wird, gestellt werden. Ich habe selbst fünf Kinder und bin seit Langem auch alleinerziehend. Ich habe in den Vereinen immer gesehen, dass viele Kinder dabei sind, die kein Geld für das Trikot haben. Dann wird der Jogginganzug für 80 Euro angeschafft, dann stehen sie wieder da, dann legen die anderen Eltern zusammen – für das Kind ist das peinlich. Diese Diskriminierung, die auch dadurch entsteht, dass man etwas fordern muss – z. B. „ich brauche einen Schein für das Mittagessen; ich brauche für die Klassenfahrt das und das“ –, ist sehr schlecht, das könnte man anders regeln. Wie man das mit dem Neidfaktor und dem Solidarsystem macht, kann man sich überlegen. Es wäre aber sehr wichtig, dass Mittagessen und Frühstück kostenlos sind, und dass man die ganzen Freizeitsachen in der Schule erhält, ohne dass man sich outen muss, dass man sie geschenkt bekommen muss. Ich gebe noch nicht auf, dass man da etwas schaffen kann.



Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und  
Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kin-  
derkommission)

**Vorsitzender:** Ich nehme das als Abschlussplädo-  
yer, das passt vielleicht ganz gut. Von März bis  
etwa Mai werden wir weitere öffentliche Exper-  
tengespräche zum Thema Kinderarmut machen.  
Das werden auch Runden zu den Wegen, Mög-  
lichkeiten und Varianten sein, wie man aus der  
Kinderarmut herauskommt. Wir diskutieren das  
innerhalb der Fraktionen. Das spielt bei der SPD,  
bei den Grünen, bei uns, bei der Union und auch  
im Parlament insgesamt eine große Rolle. Das ist  
eine große gesellschaftliche Debatte, insofern  
werden wir sie vertieft aufrufen und dazu wieder-

rum Expertinnen und Experten einladen. Ich  
möchte mich bedanken, dass Sie für diese an-  
derthalb Stunden zu uns in die Kinderkommission  
des Deutschen Bundestages gekommen sind und  
schließe an dieser Stelle den öffentlichen Teil für  
eine kurze Umbaupause. Dann brauchen wir noch  
drei Sekunden für den geschlossenen Teil. Vielen  
Dank.

Schluss der Sitzung: 17.35 Uhr

Norbert Müller, MdB  
**Vorsitzender**